

# GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG VON CDU, UWD & FDP

Dieburg, 23.04.2021

+++++

## **CDU, UWD und FDP schmieden Bündnis im Dieburger Stadtparlament für die neue Wahlperiode bis 2026**

### **Kooperationsvereinbarung im Schloss Fechenbach unterzeichnet**

Sechs Tage vor der konstituierenden Sitzung der Dieburger Stadtverordnetenversammlung fixieren CDU, UWD & FDP die **Eckpunkte ihrer Kooperation**. In den Sondierungsgesprächen im Nachgang zur Kommunalwahl sind alle drei künftigen Partner zu der Überzeugung gelangt, in dieser Konstellation von den mit Abstand größten inhaltlichen Schnittmengen zu profitieren.

Im Ergebnis der sehr effektiv und kollegial geführten Gespräche steht eine breite und **ambitionierte Zielagenda** zum Wohle der Stadt. Gemeinsam ist man der Auffassung, dass in den nächsten Jahren eine Phase besonders intensiver Arbeit ansteht, um Dieburg im Umfeld der weiter anhaltenden Pandemie in der Erfolgsspur zu halten und mit viel positiver Energie neue politische Akzente zu setzen.

Die Kooperation hat sich u.a. auf folgende **priorisierte Handlungsfelder** verständigt, die im Fokus der Politikgestaltung liegen sollen:

- Stärkung der historischen **Innenstadt** mit ihrem Einzelhandel und ihrer Gastronomie, bei Wahrung des Parkplatzangebots und der niedrigen Parkgebühren
- Spürbare Impulse für den lokalen **Klimaschutz**, u.a. über eine bessere Radverkehrsinfrastruktur, ein erweitertes P+R- und ÖPNV-Angebot sowie die Entwicklung der Neubaugebiete mit alternativen Energieformen und Grünschnitten
- Weitere Steigerung von Dieburgs **Standortattraktivität** über unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen und eine kluge Gewerbeansiedlung
- **Modernisierung, Digitalisierung und Verschlankung der Verwaltung**; Beschleunigung der Umsetzung parlamentarischer Entscheidungen
- Stringentes Voranschreiten bei den großen **Stadtentwicklungsvorhaben** – vom Alte-Post-Areal über das Rochusgelände bis zu den Neubaugebieten Süd und West
- Errichtung eines modernen und leistungsfähigen **Feuerwehrstützpunktes** (vor Ort oder an anderer Stelle)
- **Erhöhung der Lebensqualität**, u.a. über ein auskömmliches Kinderbetreuungsangebot, ein reichhaltiges Spektrum an medizinischen Einrichtungen, gepflegte Erholungsgebiete und verbesserte Freizeitoptionen für junge Menschen

Bei der Umsetzung ihrer politischen Ziele setzt die Kooperation auf die traditionellen parlamentarischen Gremien und Organe. Vom zeitgeistlichen Trend zur Schaffung paralleler Strukturen in Form neuer Arbeitskreise distanziert man sich. Den **Ausschüssen** wird bei der

absehbaren Fülle an Arbeitsfeldern in der neuen Wahlperiode eine besondere Bedeutung zukommen. Um der veränderten Themenlage bestmöglich gerecht zu werden, findet eine Zweiteilung des bisherigen Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr statt. Neu entstehen sollen einerseits der Ausschuss für Bauen und Infrastruktur und zum anderen der Ausschuss für Klimaschutz und Mobilität. Gerade in diesen Bereichen sieht die Kooperation einen besonders gewichtigen politischen Gestaltungsbedarf in den nächsten fünf Jahren, der fachlich gut vorbereitet sein will. Demgegenüber ist geplant, den Schwimmbadausschuss entfallen zu lassen mit Blick auf das inzwischen erreichte Stadium im Sanierungsprojekt.

**Renée Exner**, Fraktionsvorsitzender der CDU, hebt hervor, dass übereinstimmende Pläne und gegenseitiges Vertrauen die CDU Dieburg dazu bewogen, künftig gemeinsam mit UWD und FDP die politischen Ziele unserer Heimatstadt zu prägen. „Als stärkste Kraft im Stadtparlament sehen wir es als unsere Pflicht an, dem Wählerwillen entsprechend mit ebenfalls starken Partnern zu kooperieren“, so Exner. „Besonders wichtig sind eine zukunftsweisende Haushaltspolitik und – trotz zusätzlicher Belastungen, die wegen der Corona-Pandemie auf uns zukommen werden – ein ausgeglichener Haushalt“, sagte Exner. „Wichtig ist uns auch eine bessere Bürgerbeteiligung. Bereits in der Vergangenheit haben wir von der CDU Dieburg daran gearbeitet, die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Heimatstadt stärker einzubinden. Wir wollen keine überbeuerten Prestigeobjekte schaffen, sondern auf den Weg bringen, was wirklich gebraucht wird“, hob Exner hervor.

**Klaus Thomas**, Fraktionsvorsitzender der unabhängigen Wählergemeinschaft, ist erfreut, die priorisierten Punkte der UWD – Sanierung des Feuerwehrstützpunktes, die weitere Digitalisierung der Verwaltung und ein neues Konzept für das Museum – im Kooperationsvertrag mit CDU und FDP verankern zu können. „Die UWD hat die Themen aller Fraktionen von 2016 und 2021 verglichen, um eine möglichst breite Grundlage für die Entscheidung, ob und mit wem kooperiert werden kann, zu erhalten. Die tatsächlich größte Schnittmenge ergab sich mit den gewählten Partnern CDU und FDP“, sagt Thomas. „Für uns war es besonders wichtig, dass die Kooperation eine stabile Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung besitzt, um unsere Themen sicher vorantreiben zu können. Außerhalb der Kooperation bleiben wir weiter frei und unabhängig. Das Team der UWD brennt vor Vorfreude auf die Wahlperiode und kann es kaum erwarten, in neuer verantwortungsvoller Rolle loszulegen.“

**Benjamin Koch**, Ortsverbands- und Fraktionsvorsitzender der FDP, resümiert: „Uns war das gemeinsame Grundverständnis wichtig, dass in den nächsten fünf Jahren viel parallel bewegt und gelöst wird. Denn ein zögerliches Aufschieben der akuten großen Vorhaben kommt für uns nicht in Frage.“ Besonderen Wert legt die FDP auf die Forcierung einer pro-aktiven Vorgehensweise im Zuge der Bauleitplanung, also von der Durchführung eines Grundstückszwischenerwerbs bis hin zur Entwicklung und Umsetzung ganzheitlicher städtebaulicher Konzepte. Bildlich gesprochen müsse hierbei die Stadt stets allgemein erkennbar „im Regiestuhl sitzen“. „Auch mehr Innovationskraft liegt uns am Herzen“, ergänzt Koch. „So wollen wir mit unseren Partnern ein zeitgemäßes Stadtmarketing-Instrumentarium ins Leben rufen und die Errichtung einer großflächigen Photovoltaik-Anlage vorantreiben. Einen konsequenten Kompass braucht es im Feld der lokalen Steuern und Abgaben. Erhöhungen sind explizit ausgeschlossen über die Dauer der Wahlperiode.“